

Die Mühen der Ebenen - das "wasteland" wird kleiner

Jacobi, Otto

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Rainer Hampp Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jacobi, O. (2010). Die Mühen der Ebenen - das "wasteland" wird kleiner. *Industrielle Beziehungen : Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, 17(3), 284-298. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-360065>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Otto Jacobi*

Die Mühen der Ebenen – Das „wasteland“ wird kleiner

- Platzer, H.-W./Müller, T. (2009): Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände. Handbuch und Analysen zur transnationalen Gewerkschaftspolitik. edition sigma – Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung.
- Croucher, R./Cotton, E. (2009): Global Unions, Global Business. London. Middlesex University Press.
- Erne, R. (2008): European Unions. Labor's Quest for a Transnational Democracy. Ithaca. Cornell University Press.
- Rüb, S. (2009): Die Transnationalisierung der Gewerkschaften. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der IG Metall. Berlin. edition sigma – Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung.
- Institut für soziale Bewegungen (2009): Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration im 20. Jahrhundert. Bochum. Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen.
- Scholz, D./Schmidt-Hullmann, F./Karrass, A./Martens, H./Paust-Lassen, P./Pieper, W./Wolf, F.O. (Hrsg) (2009): „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa. Münster. Westfälisches Dampfboot.

1. Einleitung

Wie dramatisch ist die Lage der Gewerkschaft wirklich? Die wirtschaftliche Verflechtung nimmt weiter zu, Finanz- und Währungskrisen lassen sich nicht mehr national einhegen, Regulierungen verlangen einen supranationalen Rahmen, die Gewerkschaften indes agieren wie gewohnt in ihrem nationalen Umfeld. Da hören sich Schlussfolgerung wie die von Ulrich Beck (2007, 2009), dass die politische Handlungseinheit nicht länger die Nation sei, sondern die Region, das kosmopolitische Europa, und daher die transnationale „Neuerfindung“ der Gewerkschaften anstehe, ziemlich revolutionär an. Ähnliches kann man in den politischen Essays von Jürgen Habermas (1998) finden, demzufolge wir uns in einer „postnationalen Konstellation“ befinden, auf die man sich einstellen müsse. Müller-Jentsch hat das in seinem Beitrag für den Band des Instituts für soziale Bewegung (256) auf die einprägsame Formel gebracht, dass die Gewerkschaften vor der Aufgabe stehen, die „Mühen der Ebenen“ zu bewältigen.

Alle Bücher, die hier besprochen werden, bemühen sich, Licht in das Dunkel der tiefen Kluft zwischen nationalem Bodensatz und transnationaler Höhe zu bringen.

* Dr. Otto Jacobi, Grüneburgweg 150, D – 60323 Frankfurt.
E-mail: Otto.Jacobi@t-online.de.

Empirisch wie theoretisch leisten diese Publikationen auf je eigene Art einen Beitrag, das „wasteland of international trade unionism“ (Croucher/Cotton: 9) fruchtbar zu machen.

2. Transnationale Gewerkschaftsverbände

Platzer/Müller: Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände

Die in jeder Hinsicht gewichtigste der hier vorgestellten Publikationen ist die Arbeit von Hans-Wolfgang Platzer und Torsten Müller, die ihre langjährige Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung auf einen neuen Höhepunkt geführt haben. Was sie an Kenntnissen über die transnationalen Verbände der Gewerkschaften zusammentragen, wie sie die Vielfalt von Informationen mithilfe eines methodisch anspruchsvollen Apparates übersichtlich zu präsentieren wissen und wie sie ihre Ergebnisse in einen historisch wie theoretisch kenntnisreichen Rahmen einordnen, ist beeindruckend und verdient die Hochachtung der Zunft. Die Arbeit von Platzer und Müller ist ohne Vorbild und setzt Maßstäbe für die Zukunft.

Gewichtig ist die Arbeit zunächst einmal rein quantitativ. Auf fast 900 Seiten, aufgeteilt in zwei Halbbände, werden im großen empirischen Mittelteil neun sektorale Global Union Federations (GUFs) und parallel hierzu die europäischen Partnergewerkschaften, die European Industry Federations (EIFs), vorgestellt. Im Vordergrund stehen die transnationalen Verbände der Metall-, Chemie- und Bauindustrie sowie die Gewerkschaften des Transportwesens, der privaten Dienstleistungen und der öffentlichen Dienste. Der Begriff „transnational“ wird von Platzer und Müller auf Organisationen bezogen, die – wie die EU oder viele multinationale Konzerne oder eben auch GUFs und EIFs – über Kompetenzen verfügen, die zuvor ausschließlich in nationale Souveränität oder Autonomie fielen (ähnlich auch Erne 2008; ausführlicher bei Pries 2009). Leserfreundlich ist, dass die Portraits der globalen und europäischen Verbände einem gleichen Gliederungsschema folgen. Es beginnt mit einem kurzen historischen Überblick, setzt sich mit Organisationsdaten fort und findet seinen Schwerpunkt in der Darstellung der wichtigsten Handlungsfelder wie mitglieder-, unternehmens- und industriebezogener Politik. Diese Profile transnationaler Gewerkschaften sind eine unentbehrliche Quelle für alle, die sich gewerkschaftspolitisch im supranationalen Raum bewegen oder sich wissenschaftlich mit dieser Thematik auseinandersetzen.

Es ist ein großes Verdienst der Autoren, dass sie die Portraits der transnationalen Verbände nicht zu einer narrativen Aufzählung von Daten und Fakten verkommen lassen. Sie haben ein methodisch ziemlich aufwendiges Stufenmodell unterschiedlicher Funktionsprofile von GUFs und EIFs entwickelt, die Modi, Reichweiten und Verbindlichkeitsgrade transnationaler Problembearbeitung erfassen. Damit wird die Einordnung der Verbände in ein Entwicklungsschema möglich. Ihr Stufenmodell reicht von Verbänden, die bloße Informationsdienstleister sind, bis hin zu supranationalen Verbänden und Zwischenformen, die die Autoren als Foren, Koordinierungsplattformen oder Steuerungsverbände bezeichnen. Damit haben sie sich ein methodisches Instrument geschaffen, das sie vielseitig nutzen können. Es erlaubt den historischen Vergleich, aber auch den zwischen der globalen und der europäischen Ebene oder den zwischen sektoralen Verbänden. Noch wichtiger ist, dass die methodische Sorgfalt eine Differenzierung nach Politikfeldern erlaubt. Ein Verband muss nicht als Ganzes

einem einzigen Funktionsmodell zugeordnet werden, sondern kann über mehrere streuen gemäß der unterschiedlichen Entwicklung einzelner Politikfelder. Auf diese Ungleichzeitigkeit legen die Autoren großen Wert. Sie befinden sich damit in der Nähe von Roland Erne, dessen Arbeit nachfolgend besprochen wird, und Ludger Pries (2008), der in seinem Band zur „Transnationalisierung der sozialen Welt“ besonders auf das Phänomen der Ungleichzeitigkeit abhebt. Es sei darauf verwiesen, dass sich Platzer und Müller zusammen mit Stefan Rüb, ihrem Ko-autor früherer Arbeiten (2004), eine große Meisterschaft in der methodischen Einhegung empirischer Vielfalt erarbeitet haben.

Der wissenschaftliche und politisch-historische Rahmen, den sie für die Organisation ihrer Studie und die Bewertung ihrer Ergebnisse gewählt haben, zeichnet Platzer und Müller als Autoren aus, denen bewusst ist, dass sie einen Prozess mit offenem Ausgang beschreiben. Ihnen liegt daran, das Dynamische, das Unfertige zu sehen. Dies hindert sie daran, vorschnelle und vereinfachte Urteile abzugeben, wie dies etwa in dem – ebenfalls hier vorgestellten – Sammelband von Scholz und Mitherausgebern hemmungslos und fast schon schamlos die Regel ist.

Platzer und Müller sehen in der Internationalisierung von Politik und Wirtschaft „maßgebliche neue Determinanten gewerkschaftlicher Politik“ (15). Sie betonen, dass sich mit den Produkt- und Dienstleistungsmärkten auch die Arbeitsmärkte internationalisieren. Die Unterschiede von Globalisierung und Europäisierung sind nicht bloß graduell, sondern substantiell, weil Integrationstiefe und Systemeigenschaften der EU Besonderheiten aufweisen, die „in keiner anderen Weltregion anzutreffen sind und zudem geschichtlich betrachtet ein Novum darstellen“ (16). Für die globale Ebene kommen die Autoren zu dem Schluss, dass für die Transnationalisierung der Arbeitsbeziehungen alle Voraussetzungen für die Etablierung wirksamer arbeits- oder sozialpolitischer Regime fehlen (68).

Allerdings heben Platzer und Müller, was hierzulande unterschätzt oder übersehen wird, als positive Entwicklung hervor, dass mit der Implosion des Sowjetsystems auch der kommunistische Weltgewerkschaftsbund verschwunden ist und die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in konkurrierende Richtungen überwunden werden konnte. In Europa war dies schon seit Mitte der 1970er Jahre kein nennenswertes Problem mehr, da der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) die sozialistisch-kommunistischen und auch die christlichen Gewerkschaften integrierte. Damit nimmt der EGB im Verhältnis zu den politischen Organen der EU seit Jahrzehnten eine interessenpolitische Monopolstellung ein. Die institutionalisierte Rolle der Gewerkschaften im EU-Gefüge wie auch die anderen Elemente des europäischen Sozialmodells lassen Platzer und Müller zu dem Ergebnis kommen, dass der europäische Einigungsprozess Züge einer positiven Integration trägt (72). Ganz im Gegensatz zur globalen Ebene haben in Europa Prozesse einer transnationalen Institutionalisierung, Regulierung und Prozeduralisierung in der Arbeits- und Sozialpolitik stattgefunden (78). Die EU kann man als eine politische Neuschöpfung begreifen, charakterisiert durch die Einrichtung transnationaler Institutionen: ökonomisch der Binnenmarkt und die Währungsunion, sozial durch Partizipationsrechte der Arbeitnehmer oder räumlich durch Integration der Länder Mittel- und Osteuropas. So wird verständlich, dass Platzer und Müller im „Faktor Staat“ (87) den entscheidenden Unterschied zwi-

schen der globalen und der europäischen Ebene sehen. Zwar betonen sie wiederholt, dass die EU die „asymmetrische Grundarchitektur“ (73) zwischen vorauseilender Marktintegration und nachhinkender Politikintegration nicht habe überwinden können, gleichwohl sehen sie in der EU substantiell günstige Bedingungen für eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvermittlung.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen für transnationale gewerkschaftliche Politik werden markant sichtbar an den stark abweichenden Entwicklungsmustern der vergangenen 20 Jahre zwischen den globalen und den europäischen Verbänden. Die GUFs kommen über den Status eines Informationsdienstleisters nicht hinaus. Die einzige Ausnahme ist die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), die in der Handelsschiffahrt globale Tarifvereinbarungen abschließt und damit in den Status eines supranationalen gewerkschaftlichen Steuerungsverbundes vorgedrungen ist. Anders die EIFs. Die seit 1990 signifikant angestiegenen Niveaus an Integration und Institutionalisierung der EU haben dazu geführt, dass sich die Gewerkschaftsföderationen vier Handlungsfelder erschlossen haben und kräftig ausbauen: Es handelt sich dabei um Industriepolitik, tarifpolitische Koordination, Sozialen Dialog und um Europäische Betriebsräte. Platzer und Müller zufolge haben die EIFs eine Entwicklung vom Dienstleister zur Koordinierungsplattform und partiell zum Steuerungsverbund absolviert. Ein anderer Beobachter der europäischen Szene, Christian Welz (2008), kommt in seiner umfangreichen Arbeit über Sozialen Dialog zu ähnlichen Ergebnissen. Seine Bewertung geht allerdings über Platzer und Müller hinaus. Er sieht im Europäischen Sozialmodell eine neo-korporatistische Struktur und spricht vom paradigmatischen Fall einer good governance.

So unterschiedlich die Bedingungen global und europäisch auch sein mögen, die Heterogenität von Entwicklungsniveaus und Interessenlagen türmt den transnationalen Gewerkschaften das schier unüberwindbare und allgegenwärtige Problem der Lohnkonkurrenz, der sozialen Unterbietungskonkurrenz und der Standortkonkurrenz auf. Es sind nicht Reste von richtungsgewerkschaftlichen Gegensätzen, die eine einheitliche transnationale Gewerkschaftspolitik so sehr erschweren, sondern handfeste materielle Interessengegensätze. Hier spielt offensichtlich – wie Platzer und Müller verschiedentlich andeuten – der Allchinesische Gewerkschaftsbund eine Sonderrolle als staatlich gesteuerter Unterbieter.

Eine andere Gemeinsamkeit zwischen den globalen und den europäischen Verbänden ist ihre Erkenntnis, dass die Transnationalen Konzerne (TNK) die geeignete Ebene für grenzüberschreitende gewerkschaftliche Politik sind. Weltweit geht es darum transnationale gewerkschaftliche Netzwerke zu gründen, die Kampagnen gegen TNK führen oder mit ihnen Internationale Rahmenvereinbarungen (IFA) mit dem Ziel abschließen, die Einhaltung sozialer Grundrechte zu erwirken. Platzer und Müller präsentieren die Auswertung von 50 IFA; die große Mehrheit dieser TNK hat ihre Heimatbasis in Europa. Was bei Platzer und Müller recht imposant daherkommt, erweist sich anderen Quellen zufolge als wenig erfolgreich. Das Gewerkschaftsbündnis zwischen ver.di und Communications Workers of America (CWA) leidet daran, dass die Deutsche Telekom hierzulande sich europäisch zivilisiert verhält, in den Vereinigten Staaten allerdings die üblichen anti-gewerkschaftlichen Praktiken an den Tag legt; bislang hat das Bündnis daran nichts ändern können (www.americanrightsatwork.org). Ein

anderer Fall ist Wal-Mart. Platzer und Müller sprechen von einem „Musterbeispiel“ für eine internationale Kampagne (287); folgt man anderen Quellen, hat sich – insbesondere in den USA – nichts an dem gewerkschaftsfreien und niveauliedrigen „System Wal-Mart“ geändert (Lichtenstein 2009).

Eine prominente Rolle spielen die Europäischen Betriebsräte. Platzer und Müller bezeichnen sie als den „Dreh- und Angelpunkt in der weiteren Europäisierung betrieblicher Interessenvertretung und gewerkschaftlicher Politik in der Europäischen Union“ (21); damit stimmen sie mit der Einschätzung von Roland Erne und auch mit der Autorengruppe um Whittall (2007) überein. Je mehr sich diese Einschätzung als richtig erweisen sollte und die Ebene der TNKs – global wie europäisch – zu einer eigenständigen Verhandlungsarena entwickelt, desto größer dürfte das Konfliktpotential mit nationalen Gewerkschaften werden, deren vorherrschende Verhandlungsebene die Branche ist.

Croucher/Cotton: Global Unions, Global Business

Dieser schmale Band gibt über knapp 150 Seiten einen gerafften Überblick über Zustand und Aussichten der GUFs. Die Autoren unterstellen, dass die Restrukturierung des globalen Kapitalismus weitergeht und vor allem durch zwei Merkmale charakterisiert seien: Das eine ist ein „dramatic increase in world labour supply“ (15), das andere die ungebremst weiter wachsende Bedeutung multinationaler Konzerne. Damit ist eine ökonomische und soziale Konstellation entstanden, die es für Gewerkschaften aussichtslos macht, Probleme auf nationaler Ebene oder mit nationalen Mitteln lösen zu wollen. Das Interesse der Autoren richtet sich auf die Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung transnationale Verbände und transnationale Politikformen ausbilden kann, die dem globalen Kapitalismus zur Gegenmacht werden können. Croucher und Cotton bleiben da skeptisch – „it is hard to see grounds for optimism“ (6) –, sehen aber dennoch Handlungsmöglichkeiten durch verbesserte intragerwerkschaftliche Kooperation und Konzentration auf weltweit agierende Unternehmen.

Dem zentralen Mittelteil ihrer Arbeit stellen die Autoren einen geschichtlichen Abriss internationaler Gewerkschaftsverbände voran. Sie kommen – ähnlich wie Platzer und Müller – zu dem Ergebnis höherer verbandlicher Geschlossenheit durch Niedergang und Integration kommunistischer und christlicher Gewerkschaften. Als größtes Problem bezeichnen sie den ungeklärten Umgang mit dem chinesischen Gewerkschaftsverband (36).

Der organisatorische Zustand der globalen Gewerkschaftsverbände ist ziemlich erbärmlich. Zwar klingt es beeindruckend, dass die dem International Trade Union Confederation (ITUC) angehörigen Mitgliedsverbände 110 Millionen Mitglieder (42) vertreten, je zur Hälfte aus den Industrie- und Entwicklungsländern, aber die personelle und finanzielle Unterausstattung aller GUFs ist unüberschaubar. Keine 800 hauptamtlich angestellten Funktionäre (ohne die Beschäftigten der europäischen Verbände) betreiben das globale Gewerkschaftsgeschäft (45). Dafür standen 2003 weniger als 10 Millionen Euro an Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung. Allerdings hat sich der ITUC-GUF-Verband externe Mittel verschafft, die von Einzelstaaten, der EU, der UNO oder von Stiftungen, wie etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung, für Projekte verschiedenster Art zur Verfügung gestellt werden.

Die Autoren benennen, aber diskutieren nicht die Abhängigkeit der globalen Verbände von den nationalen Gewerkschaften im europäischen „heartland of the international movement“ (33). Historisch sind die Gewerkschaften im europäischen Kapitalismus entstanden, noch immer stehen die GUFs unter der Leitung von Sekretären aus Europa und finanziell kommen etwa 75% der Gelder aus dieser Region (und 20% von den amerikanischen und kanadischen Gewerkschaften). Das alles sieht nach gewerkschaftlicher Entwicklungshilfe aus, die an den gleichen Symptomen wie die staatliche leidet: Die zur Verfügung gestellten Mittel reichen hinten und vorne nicht. Der inhaltliche und finanzielle Beitrag der – mit wenigen Ausnahmen wie Brasilien oder Südafrika – schwachen Gewerkschaften aus den Entwicklungsländern ist gleich Null. Wie hier Gegenmacht entstehen kann, bleibt unerfindlich.

Croucher und Cotton ziehen daraus die Konsequenz und schlagen einen Minilateralismus (55) als Kooperationsform für die GUFs vor. Sie verstehen darunter themenzentrierte Arbeitsgruppen, die einen regionalen Bezug (Caspian Energy Network) haben oder unternehmensbezogen auf den Abschluss eines Rahmenabkommens mit einem TNK gerichtet sind oder um ein Projekt angesiedelt sind. Es geht ihnen in erster Linie darum, Lernprozesse zu initiieren, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und durch Einbeziehung von Betroffenen aus Entwicklungsländern ihre Fähigkeit zur Eigenvertretung von Interessen zu fördern.

Im Abschluss von IFAs sehen auch Croucher und Cotton einen Erfolg versprechenden Weg, soziale Grundrechte in die Entwicklungsländer zu importieren. Die TNK sind in ihren Augen die Lokomotiven der Globalisierung, die in ihrem Schlepptau auch moderne Technologien, Arbeitsformen und Handelsmethoden mitbringen. Von besonderem Interesse für Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen sei aber auch, dass die Multinationals über ihre weit verzweigten Wertschöpfungsketten Verbindung zur informellen Ökonomie herstellen. Wie die Praxis beweist, sind TNKs mit europäischer Heimatbasis gute Ansprechpartner, weil sie eingeübt sind im Umgang mit Belegschaftsvertretern und Gewerkschaften.

Es ist erstaunlich und verdient das Kompliment des Rezensenten, dass dem Autorentduo eine überzeugende Mischung aus Information und Orientierung zu einem ansonsten wenig beachteten Thema gelungen ist.

Erne: European Unions

Mehr noch als die Autoren der zuvor besprochenen Bücher ist Ernes Interesse darauf gerichtet, Handlungsoptionen und Demokratiepoteziale der Gewerkschaften im EU-Raum aufzuspüren. Der Untertitel des Buches, „Labor’s Quest for a Transnational Democracy“, gibt recht präzise das Leitmotiv des Autors an. Seine Stärke liegt zum einen in seinem umfangreichen Theoriewissen gepaart mit methodischer Raffinesse und zum anderen in einer akribisch empirischen Studie über die Praxis gewerkschaftlicher Politik. Herausgekommen ist ein engagiertes Plädoyer, den potentiellen und in Ansätzen auch praktizierten Beitrag der Gewerkschaften für eine transnationale europäische Öffentlichkeit und soziale Demokratie zu verstetigen und zu vertiefen.

An der Breite der vom Autor präsentierten Literatur spürt man seine schweizerische Herkunft heraus und damit seine Fähigkeit, sich in verschiedene Kulturlandschaften einzusehen. An der Auswahl wird seine langjährige Zusammenarbeit am

Europäischen Hochschulinstitut in Florenz mit Colin Crouch deutlich, der in den 1970er Jahren (zusammen mit Pizzorno) „The Resurgence of Class Conflict“ herausgegeben hat und vor Kurzem mit Büchern über Post-Democracy und Capitalist Diversity viel Aufmerksamkeit fand. Ernes spezifisches Interesse an Chancenerkundung oder umgekehrt formuliert seine Skepsis gegen pfadabhängige „deterministic conclusions“ (196) verraten seine Nähe zur New York School of Industrial and Labor Relations; nicht zufällig also, dass sein Buch von der Cornell University Press verlegt wurde. Seine Leitlinie fasst Erne so zusammen: „Social and political institutions rarely evolve along a predetermined path“ (21). Es verhalte sich vielmehr wie auf mittelalterlichen Pilgerwegen, dass nämlich verschiedene Wege zum Ziel führen. Und mit dem Habermasschen Begriff vom Verfassungspatriotismus, dass eine europäische Öffentlichkeit, „the European demos“, nicht an eine ethnisch homogene nationale Gemeinschaft gebunden ist, stützt Erne seine These von transnationaler Demokratie, zu deren Entstehen die Gewerkschaften maßgeblich beitragen können.

Methodisch konstruiert Erne aus den Überlegungen, dass die weitere Entwicklung in Europa im Spannungsfeld von nationaler und transnationaler Ebene stattfindet und hierbei die Akteure eher basisdemokratische Strategien verfolgen oder eher technokratischen (freilich repräsentativ-demokratisch legitimierten) Politikmodellen folgen, ein Vier-Felder-Schema. Es unterscheidet zwischen den Strategie-Optionen der technokratischen und der demokratischen Re-Nationalisierung einerseits sowie der technokratischen und demokratischen Europäisierung andererseits. Erne prüft verschiedene theoretische Positionen oder Politikempfehlungen von Wissenschaftlern und ordnet sie seinem Schema zu; so findet sich Streeck in der Rubrik „Technokratische Renationalisierung“ wieder. Nicht weiter verwunderlich, dass die Politik der EU-Kommission dem Feld „Euro-technocratization“ zugeordnet wird. Dies ist für Erne aber nur ein Nebenschauplatz. Sein Hauptinteresse gilt der faktischen Politik der Gewerkschaften. In einem breiten empirischen Hauptteil unterzieht er die Tarifpolitik der Gewerkschaften, ihre Politik auf der europäischen Ebene und ihre Haltung gegenüber multinationalen Konzernen einer akribischen Überprüfung. Die wichtigsten Ergebnisse sind in die Tabelle eingetragen:

	Re-Nationalisierung	Europäisierung
Technokratische Strategie	Gewerkschaftliche Tarifpolitik in einzelnen Ländern: Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Finnland Competitive Corporatism	Gewerkschaftliche Politik auf EU-Ebene: <ul style="list-style-type: none"> • Sozialgipfel • Makro-Ökonomischer Dialog • Sozialer Dialog • Sektoraler Sozialdialog • EBR als Co-Manager • ETUC = Co-Regulator
Demokratische Strategie	Gewerkschaftliche Tarifpolitik in einzelnen Ländern wie etwa Dänemark, Schweden, Griechenland, Portugal Traditionelle Anti-Europäische Linke	Auf Teilgebieten einzelne EIFs wie etwa Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter, Europäischer Metallgewerkschaftsbund Europäische Betriebsräte: ABB u.a.

Im Zentrum der Kritik Ernes stehen die technokratischen Re-Nationalisierungstendenzen vor allem jener deutschen Gewerkschaften, die Branchen mit hoher Exportabhängigkeit vertreten. Kritisiert wird, dass die Steigerung der Reallöhne unterhalb des Wachstums der Produktivität bleibe. Damit werde auch die Koordinierungsregel der europäischen Gewerkschaftsverbände unterlaufen: Die deutschen Gewerkschaften sind „among the most unsuccessful agents of the ETUC wage bargaining coordination policy“ (99). Genüsslich verweist Erne auf einen internen Zwiespalt in den deutschen Gewerkschaften: „Whereas Euro-Keynesian thinkers control the union think tanks, the union negotiators generally pursue a rather pragmatic approach“ (111). Dies führe zu Standortkonkurrenz im Rahmen eines tripartistischen Arrangements. Erne zufolge sind die treibenden Kräfte von Lohndumping in der Eurozone die Länder der früheren DM-Zone, weil ihre Politik der Lohnmäßigung nicht durch Abwertung in den anderen Ländern unterlaufen werden kann (101). In diesem Punkt stimmt Erne mit der Position der Autorengruppe um Scholz überein, von der ihn ansonsten theoretische und politische Welten trennen.

Die Vorwürfe an die Gewerkschaften der DM-Zone, insbesondere an die IG Metall als Tarifführer, sind ökonomisch wenig begründet und politisch wenig überzeugend. Hier ein paar Einwände:

- **Lohndumping:**
Das Lohnniveau in Deutschland und seinen Nachbarn aus der alten DM-Zone ist deutlich höher als im Rest der Eurozone. Nun wird allerdings Lohndumping nicht in absoluten Zahlen gemessen, sondern als Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätssteigerung (so in Europa, weltweit wird die Verletzung oder Nichtanerkennung sozialer Grundrechte und ILO-Normen als Dumping definiert). Man sollte zur Kenntnis nehmen, und jeder Besuch in den Ländern Mittel- und Osteuropas oder in Frankreich, Italien und Spanien oder etwa in den Werken deutscher Autohersteller in den Südstaaten der USA oder China bestätigt es, dass dort in vielen Bereichen von Industrie und Dienstleistung das Produktivitätsniveau dem hiesigen nahe kommt, das Lohnniveau allerdings nicht. Wer also betreibt Lohndumping? Dieses wird in vielen Ländern sogar gerechtfertigt als legitimes Mittel im ökonomischen Aufholprozess.
- **Abwertung:**
Die fehlende Möglichkeit der Abwertung wird auch von Erne als ein Verlust für die Anpassungsfähigkeit einer nationalen Wirtschaft an den internationalen Markt kritisiert. Was hier an angeblich linker Kritik, etwa im Band von Scholz, vorgetragen wird, ist sachlich falsch und politisch regressiv. Früher, und zwar global unter Führung des Dollars, gab es im Bretton-System bis Anfang der 1970er Jahre und dann europäisch unter Führung der D-Mark bis Anfang der 1990er Jahre, Systeme fester Wechselkurse, die beständig bis hin zu ihrem Zusammenbruch unter Währungsturbulenzen litten. Währungskrisen waren an der Tagesordnung. Für die einen hieß das Abwertung ihrer Währung und wurde als nationale Schande verstanden. Ökonomisch war Abwertung immer das letzte Mittel, um vorangegangene Fehlentwicklungen zu korrigieren. Man muss sich die Konsequenzen von Abwertung klarmachen, um zu verste-

hen, weshalb alle Beteiligten dies als ein Desaster begriffen: Regierungen und Notenbanken, weil ihre Währung auf den Status einer Regionalwährung abgestuft wurde, die international weder als Handels-, noch als Anlage-, noch als Reservewährung genutzt wurde. Um die gleiche Menge an international akzeptierter Hartwährung wie Dollar oder D-Mark zu erhalten, mussten mehr heimische Waren abgegeben werden. Für Schulden im Ausland musste mehr bezahlt werden und die Zinsen lagen beträchtlich über denen der Hartwährungsländer. Sollte die Abwertung erfolgreich sein, musste sie mit einem scharfen internen Restriktionskurs verbunden werden. Da waren die Gewerkschaften immer ganz erfreut. In Deutschland wurde die D-Mark mit einer Ausnahme (1949) nie abgewertet, sondern immer nur unmittelbar oder indirekt aufgewertet. Das machte deutsche Exporte teurer, trieb die Standortverlagerung durch preiswerten Erwerb von Unternehmen und Fabriken im Ausland voran. Die Gewerkschaften, allen voran IG Metall und IG Chemie, rechneten jedes Mal den Verlust von Arbeitsplätzen durch unfaire Abwertung der anderen aus.

Die grandiose Erfolgsgeschichte der wiederholt zusammengebrochenen Systeme fester Wechselkurse ließe sich seitenweise fortsetzen. Wichtig ist die Erkenntnis, dass die damaligen Abwertungswellen stets nur Reaktionen auf inflationäre Preisanhebungen oder zurückgebliebene Produktivität oder unsolide Staatsfinanzen waren. In einer Gemeinschaftswährung dagegen ändert sich der Anpassungsmechanismus: Nicht mehr die Korrektur, sondern die Vermeidung von Fehlentwicklungen ist das Maß aller Politik.

- **Tarifziele:**

Erfolg oder Misserfolg gewerkschaftlicher Tarifpolitik wird von den Kritikern daran festgemacht, ob die Lohnanhebungen mit dem Produktivitätswachstum konform gehen. Das ist aber ein eingegengtes Verständnis von Tarifzielen. Eine möglichst hohe Lohnsteigerung ist eben nicht das primäre „core objective“ (50) der Gewerkschaften. Die IG Metall hat gerade in den Jahren der Krise gezeigt, dass neben Lohn auch die Sicherung des Arbeitsplatzes, Weiterqualifizierung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, Produktinnovationen und die eigene Politikfähigkeit Ziele gewerkschaftlicher Tarifpolitik sind. Die IG Metall hat ihre Stellung sowohl auf dem ökonomischen Markt als auch in der politischen Arena gestärkt. Übrigens auch mit hoher Zustimmung und Beteiligung ihrer Mitglieder; so viel zur Klassifizierung ihrer Tarifpolitik als technokratisch. Die IG Metall hat sich ein ganzes Bündel von tarifpolitischen Zielen und Instrumenten geschaffen, die es ihr erlauben wirtschaftliche, soziale und politische Tauschgeschäfte bei gleichzeitig hoher Folgebereitschaft der Mitglieder zu arrangieren. Die Fähigkeit zu tarifpolitischen Swapgeschäften hat sie auf ein neues Niveau geführt. Eine intime Kenntnis von Tarifpolitik wäre besser als eine vereinfachte akademisch-statistische Kritik (Erne) oder gar das Abfeuern ideologischer Feuerwerke (Scholz et al.).

Was die Europäisierung betrifft, so sieht Erne die Gewerkschaften eingebunden in die technokratische Politik der EU-Kommission. Da sie auf europäischer Ebene über wenig basisdemokratische Mobilisierungskraft verfügen, als Kompensation

aber einen beträchtlichen institutionell abgesicherten Einfluss ausüben können, sind sie zu einem Ko-Regulierer in Europa geworden.

Eigene Mobilisierungsmacht können die Gewerkschaften allerdings auf der Ebene der multinationalen Konzerne im Verein mit den Europäischen Betriebsräten erwerben. Erne kontrastiert den Fall der gelungenen euro-demokratischen Mobilisierung bei ABB Alstom Power mit der technokratischen Strategie bei Alcan-Pechiney-Algroup. In diesem Zusammenhang stellt er die überragende Bedeutung von „statutory supranational institutions“ wie den Europäischen Betriebsräten als Katalysator für transnationale Kooperation zwischen Gewerkschaften heraus (191). Das ist seine Schlussfolgerung aus dem Umstand, dass die transatlantische Kooperation im APA-Fall am Fehlen vergleichbarer Institutionen in den USA scheiterte.

Für Erne ist wichtig, und das hat er auch überzeugend dargestellt, dass die Gewerkschaften keineswegs nur Zuschauer oder Mitläufer in transnationalen Räumen sein müssen, sondern über strategische Wahlmöglichkeiten verfügen. Die Gewerkschaften können zu Agenten und Gestalter einer euro-demokratischen Region werden, wenn sie Chancen nutzen. So schließt ein Buch, dessen Thesen und Einschätzungen man sich nicht immer anschließen muss, das aber dem Leser viele Einsichten vermittelt.

Deutsche Gewerkschaften im transnationalen Übergang

Rüb: Die Transnationalisierung der Gewerkschaften

Die IG Metall hat als Pionier sozialen Fortschritts Geschichte geschrieben. Wie aber ist es um ihre Zukunft in einer Welt sozialer Ungleichheit und gegenseitiger Abhängigkeit bestellt? Schafft es die Gewerkschaft, aus der nationalen Enge auszubrechen und ins Offene transnationaler Interessenpolitik zu springen?

Stefan Rüb wagt in seinem Buch eine Antwort: Die IG Metall bewegt sich auf einer Lernkurve, langsam aber stetig steigert sie die Intensität ihrer transnationalen Aktivitäten. Dieses Urteil hat Wert, weil der Autor kein marktschreierischer Verkünder kurzlebiger Neuigkeiten auf dem Markt wissenschaftlicher Eitelkeiten ist, sondern ein erfahrener, solider, durch und durch nüchterner Beobachter gewerkschaftlicher Realität. Er prüft geduldig, wie sich die IG Metall auf den neuen Handlungsrahmen einstellt, der durch rasante Europäisierung und Globalisierung mit weltweit agierenden Multis entstanden ist.

Im theoretischen Teil präsentiert Rüb eine breite Palette wissenschaftlicher Thesen über Typen von Gewerkschaften und Formen gewerkschaftlichen Wandels. So unterscheidet er zwischen dem „business unionism“ klassischer amerikanischer Gewerkschaften, dem „social movement unionism“ einiger runderneuerter amerikanischer Gewerkschaften und dem „integrative unionism“, dem die IG Metall als eine typisch intermediäre Organisation zuzurechnen ist. Interessant für die Vermessung von Beharrung und Dynamik sind die theoretischen Positionen über den Wandel von gewerkschaftlichen Organisationen. Sie reichen vom Niedergang durch Nichtanpassung an veränderte Rahmenbedingungen bis zur eigenständig erbrachten Revitalisierung durch Konversion und Transnationalisierung. Ähnlich eingebettet in ein Entwicklungsmodell sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, die in einem

transnationalen Wirtschaftsraum wie der EU agieren und sich auf einem Feld zwischen Konkurrenz, Kooperation und Integration bewegen. Das sind die Lernkurven, auf denen sich die IG Metall in Richtung Transnationalisierung und Integration nach vorne arbeitet. Rüb schiebt ein charakteristisches Merkmal der IG Metall klar und deutlich in den Vordergrund. Programmatisch steht sie für gesellschaftliche Reformen, ihre reale Politik dagegen ist pragmatisch auf die Sicherung industrieller Leistungskraft und internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft als Voraussetzung für die lohn- und beschäftigungspolitischen Interessen ihrer Mitglieder gerichtet.

Die wichtigsten empirischen Befunde von Rübs Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- International ist von Bedeutung, dass die IG Metall seit vielen Jahren den Präsidenten des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) stellt. Wichtiger aber ist, dass sie sich als Pionier von International Framework Agreements der Akzeptanz von sozialen Mindeststandards in multinational tätigen Unternehmen verschrieben hat.
- Ungleich aktiver ist die IG Metall dabei, den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) als organisierende Plattform, Koordinator und Moderator im Prozess fortschreitender Europäisierung zu etablieren.
- Im Politikfeld „Europäische Betriebsräte“ hat sich die IG Metall zu einem zentralen Akteur mit dem Ziel entwickelt, industrielle Demokratie europafest zu machen.
- Im Politikfeld „Tarifpolitische Koordinierung“ ist die IG Metall geradezu in eine Beschleunigung von Europäisierung hineingetrieben worden, da die deutsche metallverarbeitende Industrie etwa 35 % der gesamten Produktion in der EU stellt und demzufolge die nationale Lohnpolitik der IG Metall immer zugleich eine europäische Dimension hat.
- Innerorganisatorisch ist interessant, dass die IG Metall versucht, mit der Einrichtung vielfältiger und sachbezogener Teams, Arbeitsgruppen oder Netzwerken sich transnational aktionsfähig zu machen.

Rüb kommt zu dem Fazit, dass die IG Metall eine „pragmatische Strategie einer schrittweisen Europäisierung“ (283) betreibt und ihre „Transnationalisierung von oben nach unten“ (225) erfolgt. Dies mag die Anhänger von Gewerkschaften als „social movement“ enttäuschen, entspricht aber Geschichte und Organisationsverständnis der IG Metall. Rüb hat ein sehr realistisches Bild gezeichnet. Die Lust an risikoreichen und waghalsigen Spekulationen oder an hochfliegenden politischen Erwartungen ist nicht die Sache des Autors. Es ist ihm die Bestandsaufnahme einer Gewerkschaft gelungen, die den Sprung von einer nationalen Organisation zu einer transnationalen Mehrebenen-Organisation wagt. Die Dialektik von Kontinuität und Dynamik einer historisch gewachsenen Organisation wie der IG Metall einzufangen, ist kein leichtes Unternehmen.

**Institut für soziale Bewegungen:
Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration im 20. Jahrhundert**

Hier sind die Historiker am Werk. Sie gewähren in insgesamt 17 Essays einen breit gefächerten Überblick über Rolle und Position der deutschen Gewerkschaften im europäischen Einigungsprozess von seinem Beginn in den frühen 1950er Jahren bis zum Lissabonner EU-Vertrag 2009.

Im Zentrum der Beiträge steht die formative Phase der EU von der Montanunion bis zur Komplettierung des Binnenmarktes und Einigung im Maastricht-Vertrag über die Einführung der Gemeinschaftswährung. Die Haltung der Gewerkschaften zu diesen Ereignissen wird akribisch in detailfreudigen Analysen von Beschlüssen auf Gewerkschaftstagen und Vorstandssitzungen ausgebreitet. Als Resultate der historischen Recherchen lassen sich festhalten:

- Die Gewerkschaften haben der europäischen Integration stets ihre politische Zustimmung gegeben. Hierbei spielte die Überwindung europäischer Bruderkriege und die Aussicht auf dauerhaften Frieden eine große Rolle.
- Die einzelnen konkreten Integrationsschritte, die stets der ökonomischen Integration Vorrang einräumten, sind allesamt von den Gewerkschaften gut geheißenen worden, allerdings garniert mit zum Teil heftiger Detailkritik und nachfolgendem Arrangement. Typisch für diese Haltung die folgende Äußerung: „Wenn wir auch keinen Anlass haben, die bisherige Tätigkeit der Montanunion als gut zu heißen, müsste es doch bedauert werden, wenn sie zusammenbräche“ (111).
- Ihre skeptische Haltung hat die Gewerkschaften aber nicht davon abgehalten, sehr aktiv in europäischen Gremien von EG und später EU oder der Gewerkschaften mitzuarbeiten. Hochrangig seien die gewerkschaftlichen Vertreter in Europa gewesen (Jörg Rumpf, 139) und geschätzt ihre Integrationsleistung, die heterogene Gewerkschaftslandschaft in Europa zusammenzuhalten (Gläser, 221). Wie Jojevic in ihrem Beitrag schreibt, geschah dies „ohne originär proeuropäische Überzeugung“ (111), führte aber dazu, dass sie sich den wachsenden Aufgaben stellen mussten. So erfolgte eine „nachholende Europäisierung“ (115), praktiziert und gesteuert von den Spitzen der Gewerkschaften.

Einen großartigen Beitrag zum Essayband des „Institut für soziale Bewegungen“ steuert Buschak bei. Er beschreibt die Diskussion in der deutschen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit: „Europa war ein Synonym für Moderne und Fortschritt“ (25). Mit Ausnahme des kommunistischen Flügels war dies die vorherrschende Meinung der politischen und gewerkschaftlichen Linken. Bereits damals wurde von zahlreichen Autoren gesehen, dass die europäischen Wirtschaftsverhältnisse zu einer höheren Ordnung drängen, ein „einheitlich großer Wirtschaftsorganismus“ (27, 31) erforderlich sei, das europäische Einigungsprojekt als eine „Art überstaatliches Organ in den Völkerbund eingegliedert“ (32) werden solle und die europäische Gewerkschaftseinheit soziale Gegenmacht werden müsse. Der Essay von Buschak spornt die Neugier an nachzulesen, was in den 1920er Jahren eine linke Intelligenz an weitsichtigen politischen Vorschlägen in die Debatte warf. Dem

historisch interessierten Leser sei noch mitgeteilt, dass in den diversen Schriftenreihen des Instituts eine große Bandbreite an vorzüglichen Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu finden ist.

Vergleicht man die in diesem Sammelband präsentierten Ergebnisse mit denen von Rüb, so wird über die gesamte Ära vom Ende des 2. Weltkrieges bis zur Gegenwart eine durchgängige Kontinuitätslinie der deutschen Gewerkschaften im Verhältnis zur europäischen Einigung deutlich. Sie zieht sich von einer skeptischen Ja-Aber-Zustimmung bis zur pragmatischen Mitwirkung. Jetzt liegen vor den Gewerkschaften die „Mühen der Ebenen“, denn – wie Walther Müller-Jentsch seinen Beitrag schließt (256) – zum europäischen Projekt gibt es keine realistische Alternative und die Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften besteht darin, Europa einen sozialen Ordnungsrahmen zu schaffen.

Scholz et al.: „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa

Dieser Sammelband weckt dank seiner illustren Schar von Herausgebern und Autoren große Erwartungen auf eine politisch inhaltsreiche Ergänzung der Wissenschaftsbücher über Europa. Herausgeber wie Autoren entstammen nämlich allesamt dem linken Parteienspektrum, den Führungsrängen der Gewerkschaften oder sind Vertreter der links-kritischen Intelligenz aus Universitäten und Zivilorganisationen. Es hätte sehr erfrischend und anregend sein können, wenn eine linkspluralistische Sicht auf Europa zustande gekommen wäre. Dazu wäre es freilich unumgänglich gewesen, auch Vertreter der nicht-deutschen Linken einzuladen. Dies ist nicht der Fall, wäre aber zu akzeptieren gewesen, hätten die Beiträger linke Vielfalt präsentiert. Auch das ist unterblieben, alle Beiträge ranken sich um eine Position, dass nämlich der heutige Kapitalismus und seine regionale Ausformung in der EU neo-liberalen Charakter tragen. Aus unstrittig richtiger und nachvollziehbarer Einzelkritik schmieden die Autoren das Gesamtbild eines neo-liberalen Kapitalismus, in dem private Akteure dank eines ungezügelten und deregulierten Marktes die Macht haben.

So entsteht das Bild eines Kapitalismus, wie er in der Realität nicht existiert. Die Rolle des Staates wird nur als Deregulierer wahrgenommen, die Diskussion über Varianten des Kapitalismus ist den Autoren ebenso fremd wie die politische Diskussion über Europa von Habermas (1998) bis Judt (2008) oder Telo (2009). Für eine realistische Wahrnehmung der Welt kann es auch hilfreich sein, Bücher von Autoren zur Kenntnis zu nehmen, die die EU für überreguliert und sozialprotektionistisch halten (Minford et al. 2005). Wirklich schlimm ist, dass jede historische Dimension fehlt und die intellektuelle Breite linker Diskussion nicht aufgenommen wird. So entsteht ein unterkomplexes Bild vom gegenwärtigen Kapitalismus; man igelt sich ein in seine heile Welt der Kritik am Neo-Liberalismus. In einer neoliberal-aversen Agitprop-Sprache wird ein Kampfbegriff zelebriert, der zu einfach ist, um politisch wirkungskräftig zu werden. Leider, eine vertane Chance.

Es gibt zwei Schlüsselbegriffe und einen Aufreger, die in nahezu allen Beiträgen auftauchen:

- Systematisch wird die Rolle des Staates verkannt und übersehen, dass er ein konstitutives Element, eine tragende Säule kapitalistischer Gesellschaften ist.

Die Finanzkrise hat die Systemrelevanz der Ressource Staat wieder einmal bestätigt. Ohne die Intervention von Regierungen und Notenbanken hätte es keine Rettung des Bankensystems gegeben. Entgegen der links daherkommenden Ideologie vom neo-liberalen Kapitalismus und seiner Steuerung durch den Markt war die Rolle des Staates als Auffangbecken in Krisenzeiten klar und fester Bestandteil des Kalküls der Finanzjongleure. Ein Blick auf die Geschichte des Kapitalismus zeigt, dass der Staat immer präsent war, wenn es galt, eine Systemkrise abzuwehren. Dies trifft insbesondere für die USA als kapitalistischer Führungsmacht zu, die über das übliche interventionistische Instrumentarium hinaus über einen gigantisch aufgetakelten Militär- und Sicherheitsapparat verfügt (jüngst hierzu Preble 2009) sowie eine Zentralbank, die – ähnlich der EZB – unendlich Geld schöpfen kann.

- Deregulierung ist ein anderer Kampfbegriff, der an der Realität vorbeigeht. Nicht verstanden wird, dass in einem grenzüberschreitenden Binnenmarkt nationale Schutzvorschriften systemwidrig sind. Protektionismus nützt in der Regel weniger der nationalen Arbeitnehmerschaft als vielmehr nationalen Unternehmen, besonders solchen mit monopolartigen Marktstellungen. Öffnung des nationalen Marktes, Zerschlagung von Monopolen, Zulassung von Drittkonkurrenz kann man als Deregulierung bezeichnen, hat aber nicht nur einen innovativen Aspekt, sondern ist gekoppelt an supranationaler Reregulierung. Die EU hat für einen solchen Souveränitätstransfer viele Beispiele geschaffen. Eines ist die Währungsunion samt EZB; Lücken infolge unzulänglicher Reregulierung werden wie jetzt in Zeiten von Banken- und Verschuldungskrise gestopft. Was bereits im Kontext der Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten geschaffen wurde, nämlich ein System von Regulierungsbehörden, wird jetzt auch in Gestalt europäischer Aufsichtsinstanzen für den gesamten Finanzsektor eingeführt.
- Für einen Aufreger besonderer Art hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit einigen seiner sozialpolitischen Urteile gesorgt. Die Urteilsschelte war in Deutschland besonders scharf, ausgelöst durch politische Äußerungen der Kölner Wissenschaftler Höpner (2008) und Scharpf (2008). Bezugnehmend auf diese Äußerungen treiben in dem Band von Scholz et al. viele Autoren die Kritik weiter, ohne von den inzwischen vorliegenden wissenschaftlichen und gutachterlichen Stellungnahmen aus dem In- und Ausland Kenntnis zu nehmen; exemplarisch sei auf das Gutachten von Mayer (2009), Inhaber des Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Bielefeld, verwiesen. So bringt es Skarpelis-Sperk, ehemals SPD-MdB und jetzt ehrenamtliche Beraterin des ver.di-Bundesvorstandes, zu einer ungeahnten Meisterschaft in politischer Diffamierung. Sie spricht vom „Staatsstreich des Europäischen Gerichtshofes“ (64). Vielleicht hätte die Autorin wenigstens einen Moment nachdenken sollen, was normalerweise als Staatsstreich bezeichnet wird. Hier diskreditiert sich eine Autorin selbst und mit ihr die Herausgebergruppe, die das durchgehen ließ.

Aber selbst dieser ansonsten sehr selbstgenügsame Band enthält lesenswerte Beiträge. Das gilt sowohl für den wirtschafts- und industriesoziologischen Essay von Dechmann und Martens als auch für die Vorschläge von Rödl grenzüberschreitende Arbeitskämpfe um europäische Tarifverträge zu führen. Zurück zu den „Mühen der Ebenen“, über die am Beispiel der IG Metall die beiden Praktiker Schwitzer und Welzmüller einen Werkstattbericht erstatten. Den Gewerkschaften kann man nur wünschen, sich nicht in die Sackgasse eines angeblich neo-liberal verlotterten Europas führen zu lassen. Nur dann können sie, was in den hier vorgestellten Publikationen vielfach gezeigt wird, die Chancen wahren, die in einer Europäisierung ihrer Strukturen und Strategien liegen.

Literatur

- Beck, U. (2009): Mein Gott, was für eine Chance! In: DIE ZEIT, Nr. 13, 19. März 2009.
- Beck, U./Grande, E. (2007): Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt am Main.
- Crouch, C. (2004): Post-Democracy. Cambridge.
- Crouch, C. (2005): Capitalist Diversity and Change: Recombinant Governance and Institutional Entrepreneurs. Oxford.
- Crouch, C./Pizzorno, A. (eds.) (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968. London.
- Habermas, J. (1998): Die postnationale Konstellation. Frankfurt am Main.
- Höpner, M. (2008): Das soziale Europa findet nicht statt. In: Die Mitbestimmung, (2008)5: 46-49.
- Judt, T. (2005): Postwar – A History of Europe since 1945. New York.
- Lichtenstein, N. (2009): The Retail Revolution. How Wal-Mart created a brave New World of Business. New York.
- Mayer, F. (2009): Der EuGH und das soziale Recht. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse. Berlin.
- Minford, P./Mahabare, V./Nowell, E. (2005): Should Britain Leave the EU? An Economic Analysis of a Troubled Relationship. Cheltenham.
- Müller, T./Platzer, H-W./Rüb, S. (2004): Globale Arbeitsbeziehungen in globalen Konzernen? Wiesbaden.
- Preble, C. (2009): The Power Problem. Ithaca.
- Pries, L. (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt am Main.
- Scharpf, F. (2008): Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen. In: Die Mitbestimmung, 2008(7+8): 18-23.
- Telo, M. (2009): European Union and Global Governance. London.
- Welz, C. (2008): The European Social Dialogue under Articles 138 and 139 of the EC Treaty. Actors, Processes, Outcomes. Leuven.
- Whittall, M./Knudsen, H./Huijgen, F. (2007): Towards a European Labour Identity – The Case of the European Work Council. Abingdon, UK, and New York.